



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Strukturen für die außeruniversitäre Forschung in Bayern verbessern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über Strukturen und Rahmenbedingungen für außeruniversitäre Forschungsinstitute in Bayern zu berichten. Dabei soll sie insbesondere darlegen, inwiefern sie die außeruniversitären Forschungsinstitute in eine strategische Weiterentwicklung des bayerischen Wissenschaftssystems einbezieht und auf die folgenden Fragen eingehen:

- Inwiefern wird die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit, die strategische Ausrichtung und die Rolle und Einbindung der landesfinanzierten außeruniversitären Forschungsinstitute in das gesamte bayerische universitäre und nichtuniversitäre Umfeld regelmäßig erfasst und begutachtet?
- Inwiefern hat sich in den letzten zehn Jahren bewährt, dass große Teile der außeruniversitären Forschung von der Zuständigkeit des Wissenschafts- in die Zuständigkeit des Wirtschaftsressorts gewechselt sind?
- Welche Empfehlungen der von dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst beauftragten Strukturkommission Bayern 2013 hat die Staatsregierung umgesetzt? Welche Empfehlungen hat sie nicht umgesetzt und aus welchen Gründen?
- Welche unabhängigen außeruniversitären Forschungsinstitute erhalten Mittel aus der Hightech Agenda? Welche finanziellen und strukturellen Auswirkungen hat die Hightech Agenda auf die unabhängigen außeruniversitären Forschungsinstitute?
- Inwiefern unterstützt die Staatsregierung unabhängige anwendungsnahe Forschungsinstitute in ihrer Rolle als Bindeglied zwischen Wissenschaft und mittelständischer Wirtschaft?
- Welche industrienahen Forschungsinstitute sind in den letzten zehn Jahren aus Bayern in andere Bundesländer abgewandert? Würden Forschungsgemeinschaften von unabhängigen Forschungsinstituten nach dem Vorbild der Innovationsallianz in Baden-Württemberg oder der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft in Nordrhein-Westfalen auch in Bayern die Rahmenbedingungen für diese Forschungsinstitute verbessern?

**Begründung:**

In den letzten Jahren hat die Hightech Agenda in der Forschungspolitik die Berichterstattung bestimmt. Dabei sind die grundlegenden Strukturen der Wissenschaftslandschaft in Bayern unterbelichtet geblieben. Es ist beispielsweise unklar, wie sich die Rahmenbedingungen für außeruniversitäre Forschungsinstitute in Bayern entwickelt haben und inwiefern die Staatsregierung dies überhaupt im Blick behält.

Vor zehn Jahren hat die von der Staatsregierung gebildete Strukturkommission Bayern 2013 ihren Evaluierungsbericht vorgelegt. Darin hat sie für 13 landesfinanzierte außeruniversitäre Forschungsinstitute Empfehlungen ausgesprochen, wie diese in ihrer Ausrichtung, der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und ihrer Rolle in der bayerischen Wissenschaftslandschaft weiterentwickelt werden können. Vieles davon wurde bisher nicht umgesetzt. So wurde zum Beispiel empfohlen, das Institut für sozialwissenschaftliche Forschung durch eine Aufstockung der Grundfinanzierung so weit vom Drittmittel-Akquisedruck zu entlasten, dass auch anspruchsvolle Grundlagenforschung mit hochrangigen Publikationen ermöglicht wird. Das ist bis heute nicht erfolgt.

Auch andere Beispiele lassen Zweifel daran aufkommen, ob die Staatsregierung die Rahmenbedingungen für unabhängige außeruniversitäre Forschungsinstitute in Bayern im Blick hat. So hat z. B. die Papiertechnische Stiftung ihren Standort in München geschlossen und forscht nun in Sachsen. Auch die Abspaltung und die Schließung von Standorten des Zentrums für Angewandte Energieforschung lässt Verbesserungspotenzial der bayerischen Strukturen für unabhängige Forschungsinstitute erahnen. In anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben sich Forschungsgemeinschaften etabliert, die die Rahmenbedingungen für diese Forschungsinstitute verbessern. Im Freistaat wurden Bemühungen in diese Richtung jedoch nicht unterstützt.